

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

09.01.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Greifswalder OB zum LNG-Terminal: Aktuell keine Alternativen</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 08.01.2023</i> .....	3
2   <b>LNG-Terminal weckt Sorge um Hering</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 09.01.2023</i> .....	4
3   <b>Ausstieg aus dem Ausstieg?</b> <i>DER SPIEGEL, 07.01.2023</i> .....	5
4   <b>Atomkraft? Ja bitte!</b> <i>WELT AM SONNTAG, 08.01.2023</i> .....	6

## Greifswalder OB zum LNG-Terminal: Aktuell keine Alternativen

*Nach OZ-Informationen könnte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am nächsten Samstag zum Hafen kommen. Die OZ sprach mit Greifswalds grünem OB über das Flüssigerdgas.*

**Lubmin.** Greifswalds Oberbürgermeister Stefan Fassbinder (Grüne) begrüßt, dass in Lubmin in Kürze LNG, also Flüssigerdgas angelandet werden soll. Die Inbetriebnahme des Terminals steht unmittelbar bevor. Liquefied Natural Gas, kurz LNG, entspreche wegen der deutlich schlechteren Umweltbilanz im Vergleich zu Erdgas nicht den eigentlichen Plänen seiner Partei, so Fassbinder. „Trotzdem bin ich jetzt froh, dass die Bundesregierung rasch und energisch gehandelt hat und es möglich gemacht hat. Denn wir brauchen noch eine Weile Gas, das ist keine neue Erkenntnis“, sagt er.

### Kalte Häuser sind keine Alternative für Greifswalds OB

Da man kein billiges Gas mehr aus Russland beziehen könne, seien Alternativen gefragt. „In Krisensituationen muss man rasch reagieren. Auf Gas zu verzichten und dass es zu Hause kalt ist, kann nicht die Alternative sein“, stellt der OB klar.

### Neben Nord Stream 2: In Lubmin haben Arbeiten für neue Pipeline begonnen

In Lubmin sollen künftig jährlich 5,2 Milliarden Kubikmeter regasifiziertes Flüssiggas ins deutsche Gasnetz eingespeist werden. Investor und Betreiber des LNG-Terminals ist die Firma Regas.

### Olaf Scholz könnte den Gashahn in Lubmin aufdrehen

Kurz vor Weihnachten informierte das Umweltministerium in Schwerin über die Genehmigung für den Testbetrieb des LNG-Terminals in Lubmin. Diese hatte sich verzögert. Ursprünglich sollte der Betrieb bereits zum 1. Dezember des Vorjahres aufgenommen werden. Nach OZ-Informationen könnte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Samstag, dem 14. Januar, nach Lubmin kommen, um symbolisch den Gashahn aufzudrehen. Scholz hatte auch in Wilhelmshaven das LNG-Terminal eröffnet. Am Montag will das Stalupommern als Genehmigungsbehörde den Entwurf der Betriebsgenehmigung öffentlich auslegen, bevor sie nach vier Tagen rechtskräftig wird.

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 09.01.2023 | S. 13-SEITE 13

📄 Auflage: 17.219 | Reichweite: 47.760

👤 Christopher Hirsch

## LNG-Terminal weckt Sorge um Hering

### Pipeline würde durch Laichgebiet gehen

Der Fischerei-Experte **Christopher Zimmermann** sieht im Bau des zweiten für Vorpommern geplanten Flüssigerdgas-Terminals Risiken für den Heringsbestand. Die größten Probleme seien beim Bau der Pipeline durch den Greifswalder Bodden zu erwarten, sagte der Leiter des Thünen-Instituts für Ostseefischerei in Rostock. Problematisch wären die Bauarbeiten demnach im Frühjahr. „Diese Zeit ist aber die empfindlichste für die Nachwuchsproduktion des Bestandes, und der Greifswalder Bodden das wichtigste Laichgebiet.“

Ein von der Bundesregierung gechartertes schwimmendes Terminal soll etwa 30 bis 40 Kilometer vor Lubmin in der Ostsee stationiert und durch eine Pipeline an Gasleitungen in Lubmin angebunden werden. Der Energiekonzern RWE und das norwegische Unternehmen Stena-Power sollen das Projekt verwirklichen. An Land hätten bereits Bauarbeiten begonnen, teilte RWE mit. „Das Ziel aller Beteiligten ist es, das Terminal für den kommenden Winter fertigzustellen.“

Der Baubeginn auf See werde im Rahmen des Genehmigungsverfahrens festgelegt. Ziel aller Beteiligten sei es, den engen Zeitplan und die strengen Umweltauflagen in Einklang zu bringen. Laut Zimmermann ist die Trübung durch die Bauarbeiten der wichtigste Faktor. „Wenn die Röhre erst liegt, erwarten wir keine Auswirkungen auf das Laichgeschehen im Greifswalder Bodden.“ Es gebe eine Reihe von Möglichkeiten, die negativen Auswirkungen zu mindern. Dazu führten die Beteiligten Gespräche.

### Kapazität soll erhöht werden

Für ein erstes Terminal für Flüssigerdgas (LNG) in Lubmin hatte die Landesregierung am Donnerstag die Er-

teilung der letzten noch ausstehenden Betriebsgenehmigung angekündigt. Diese soll im Beisein unter anderem von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am nächsten Wochenende übergeben werden. Im Gegensatz zum Terminal des Bundes kommt es ohne Offshore-Pipelines aus. Kleinere Tanker transportieren das LNG durch den flachen Greifswalder Bodden nach Lubmin. Der Betreiber, das Unternehmen Deutsche Regas, spricht von einer „virtuellen Pipeline“.

Die Deutsche Regas hat nach eigenen Angaben allerdings beantragt, die noch zu bauende Pipeline auch nutzen zu können. Dadurch soll in einer weiteren Ausbaustufe des bisherigen Terminals die Kapazität erhöht werden. Die Firma hatte auch signalisiert, zu diesem Zweck auch die bereits bestehende Gas-Pipeline Nord Stream 2 nutzen zu können. Sie verläuft – wie die Schwesterpipeline Nord Stream 1 – aus Russland kommend auch durch den Greifswalder Bodden nach Lubmin und war nie in Betrieb gegangen, nachdem die Bundesregierung das Zertifizierungsverfahren auf Eis gelegt hatte.

Sie hatte einer Umnutzung bisher eine Absage erteilt. Wohl auch, weil dann eine Enteignung von Nord Stream 2 im Raum stünde. Nord Stream 1 und 2 waren Ende September stark beschädigt worden. Es gibt Hinweise auf Sabotage.

Um ausbleibende Gaslieferungen aus Russland zu kompensieren, setzt Deutschland unter anderem auf per Schiff geliefertes LNG. Dazu wurde der Bau eigener Terminals im Eiltempo vorangetrieben. Neben Lubmin verfügt auch das niedersächsische Wilhelmshaven über ein fertiges Terminal. Auch in Brunsbüttel in Schleswig-Holstein soll demnächst ein Terminal an den Start gehen.

DER SPIEGEL | 07.01.2023 | S. 84

Auflage: 736.056 | Reichweite: 4.527.000

Guido Kleinhubbert

## ANALYSE

# Ausstieg aus dem Ausstieg?

## *Warum eine weitere Verlängerung der AKW-Laufzeiten ausgerechnet von den Betreibern abgelehnt wird*

Verkehrsminister Volker Wissing stellte Anfang der Woche ein Machtwort infrage, das Bundeskanzler Olaf Scholz im Oktober gesprochen hatte: »Am 15. April 2023 ist Schluss mit der Atomkraft in Deutschland.« FDP-Politiker Wissing schlug nun vor, eine unabhängige Expertenkommission über einen längeren Betrieb der drei verbliebenen Anlagen entscheiden zu lassen. Die Frage ist, ob ein Ausstieg aus dem Ausstieg überhaupt möglich wäre.

»Technisch und sicherheitstechnisch ist das kein Problem«, sagt Thomas-Walter Tromm vom Karlsruher Institut für Technologie. Klar sei, dass die AKW neue Brennstäbe benötigten. Würden die sofort bestellt und innerhalb von sechs bis acht Monaten geliefert, könnten die Kraftwerke nach Ende des Streckbetriebs im April abgeschaltet und zum Ende des Jahres wieder hochgefahren werden. Die Monate dazwischen ließen sich für eine Revision und die überfällige periodische Sicherheitsüberprüfung nutzen.

Tromm widerspricht auch der Behauptung von Bun-

destagspräsidentin Bärbel Bas (SPD), dass neue Brennelemente die Laufzeit der AKW gleich um 20 Jahre verlängern würden. Realistisch seien 3 oder 4 Jahre – also ein Zeitraum, der für den weiteren Ausbau von Sonnen- und Windenergie genutzt werden könnte.

Ausgerechnet die Betreiber der letzten deutschen Kernkraftwerke stehen einem Weiterbetrieb allerdings zurückhaltend bis ablehnend gegenüber. Ein Grund: Der Einsatz neuer Brennstäbe hätte zur Folge, dass insgesamt mehr Atommüll anfielen als bislang geplant. Hinzu komme, dass zusätzliches Personal ausgebildet werden müsse und man sich seit Jahren auf den Rückbau vorbereite. Diese Arbeiten seien schon wegen des Streckbetriebs um Monate verschoben worden, sagte EnBW-Manager Jörg Michels; das habe die Kosten bereits erheblich erhöht. Das EnBW-Fazit: Eine Verlängerung der Laufzeiten über April hinaus hätte die Politik noch im alten Jahr beschließen müssen – man bekenne sich unverändert zum Ausstieg aus der Kernkraft.

WELT AM SONNTAG | 08.01.2023 | S. 8

Auflage: 342.932 | Reichweite: 973.000

Carlotta Vorbrüggen

## Atomkraft? Ja bitte!

**Die Tage der deutschen Kernkraft sind gezählt. Trotzdem lernen in Jülich noch Studenten, wie Atommeiler funktionieren. Vier von ihnen berichten, warum Nuklearenergie für sie der letzte Ausweg ist**

Meistens ernten sie ein ungläubiges "Oh!", wenn sie erzählen, was sie studieren. Manche fragen auch, ob sie damit arbeitslos werden wollen. Richtig begeistert ist selten jemand. Janina Hohnholz, Jesse Bex, Kai Reuter und Leonard Dinstühler studieren Nuclear Applications - angewandte Nuklearwissenschaften - am Campus Jülich an der Fachhochschule Aachen und lernen unter anderem, wie Atomkraftwerke funktionieren, betrieben und gebaut werden.

Pro Semester beginnen hier 25 bis 30 Frauen und Männer ihr Studium. Mehr als die Hälfte sind internationale Studierende. Jülich ist neben München der einzige Campus in Deutschland, der Nukleartechnik im Masterstudium anbietet. An anderen Universitäten kann man Nukleartechnik nur als Wahlfach studieren. Und nur in Jülich werden neben Nukleartechnik sowohl Medizinische Physik als auch Radiochemie und Nukleare Entsorgung angeboten. Und das auf englisch. Eine Ausnahme-Studium. Kein Wunder. Für die Energieversorgung in Deutschland ist Atomkraft ein Auslaufmodell. Die letzten drei Atomkraftwerke - Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland - werden noch bis zum 15. April 2023 betrieben: Dann soll endgültig Schluss sein.

Was motiviert junge Menschen in Anbetracht der im vermeintlichen Endzeitalter der Kernenergie geführten Diskussionen zu einem Studium, für das sie sich ständig rechtfertigen müssen? Wie blicken sie auf die Klimadebatte? Und inwieweit können sie sich mit den Aktivisten der "Letzten Generation" identifizieren? Mit jenen radikalen Klimaschützern, die von sich selbst auf ihrer Website behaupten: "Wir sind der Überlebenswille der Gesellschaft!", und die sich auf Straßen und Rollfelder kleben, um eine politische Wende zu erzwingen?

Im Gespräch mit WELT AM SONNTAG machen die Jülicher Studierenden zunächst einmal eines deutlich: "Auch wir glauben an den Klimawandel", so Leonard Dinstühler. "Der Klimaschutz liegt uns am Herzen." Für

ihn sei es auch "absolut richtig und notwendig, was die Aktivisten fordern", und er hält die Berichterstattung über deren Aktivitäten häufig für diffamierend. "Es geht um so viel mehr, als zehn Minuten zu spät zur Arbeit zu kommen", sagt der 25-Jährige, der später im Rückbau von Kernkraftwerken arbeiten will. Der zivile Ungehorsam sei ein letzter Hilfeschrei der Menschen, die die Probleme erkannt hätten. "Stau", sagt er, "gibt es auch ohne die." Er selbst achtet darauf, so wenig wie möglich mit dem Auto zu fahren. "Klar, das ist manchmal schwierig auf dem Land." Leonard Dinstühler ist Vegetarier, langfristig möchte er sich vegan ernähren. Eigentlich, sagt er, müsste er selbst Aktivist sein, "aber dafür bin ich nicht der Typ".

Der einzige Weg, eine echte Energiewende einzuleiten, sei seiner Überzeugung nach, mehr in erneuerbare Energien zu investieren. Strom, der durch Wind oder Sonne erzeugt wird, ist aber nicht beständig verfügbar. Deshalb sei es notwendig, entweder riesige Speicher zu bauen, die teuer sind, oder zusätzlich herkömmliche Energieträger einzusetzen. "Hier ist die Kernkraft die beste Alternative", sagt Leonard Dinstühler. "Wir haben nicht mehr viel Zeit, es ist also wichtig, dass wir jetzt handeln. Also auf erneuerbare Energien und Kernkraft setzen."

Auch der 27-jährige Jesse Bex plädiert für einen Wiedereinstieg in die Kernkraft in Deutschland. Er hofft darauf, dass sich die Einstellung zur Atomenergie in den nächsten Generationen ändert. Frankreichs Energiepolitik sei für ihn vorbildlich. Sein Traum ist es, später in einem Reaktor zu arbeiten. Die physikalische Komponente sei das, was ihn besonders reize. Und was ist mit den Gefahren? "Wenn die Menschen Radioaktivität hören, denken sie gleich an atomare Unfälle", sagt er. Dabei seien die Anlagen sehr sicher. Die Diskussion über die angeblich verantwortungslose Endlagerung ist für ihn ein Totschlagargument. "Wir haben in Deutschland inaktives Gestein und damit gute Möglichkeiten, um Endlager zu schaffen. Wenn

die Lager Hunderte Meter tief unter der Erdoberfläche liegen, werden die Strahlungen bis zur Oberfläche so stark abgeschirmt, dass nahezu kein Einfluss auf die natürliche Radioaktivität der Umgebung stattfindet“, sagt er. „Die Menschen wissen leider so wenig, weil kaum darüber gesprochen wird.“

Für Kai Reuter werden die Diskussionen über die Gefahren eines Endlagers verzerrt geführt. „In den meisten Fällen lässt sich die Ablehnung eines Endlagers auf ‚Bitte nicht in meinem Vorgarten‘ zusammenfassen“, sagt er. Der 24-Jährige verweist auf das in Deutschland bereits existierende Endlager für hochgiftige chemische Abfälle im Stollensystem von Herfa-Neurode in Osthessen. Seit Jahrzehnten werden hier Substanzen aus ganz Europa eingelagert, Stoffe, deren Toxizität nicht über die Zeit abnimmt, „wie es bei hoch radioaktiven Abfällen der Fall ist, wenn auch über sehr lange Zeitspannen“. Die Energiepolitik der Bundesrepublik sieht Kai Reuter kritisch. „Mir fehlt die Vorstellungskraft, Deutschland nur mit erneuerbaren Energien zu versorgen, vor allem seit das russische Gas weggebracht ist.“ Auf dem Weg zur Uni nach Jülich fährt er regelmäßig am Tagebau Garzweiler vorbei. „Ich sehe jeden Tag die gigantischen Braunkohlelöcher“, sagt er. „Mir ist unverständlich, dass wir aus der sehr sauberen Kernenergie aussteigen, bevor wir aus der Braunkohle aussteigen.“ Deutschland habe den Point of no Return in Bezug auf die Kernenergie erreicht. „Ich würde mir wünschen, dass man die drei verbliebenen Kraftwerke noch mal dauerhaft ans Netz bringt und die Kernkraftwerke Brokdorf und Grohnde ebenfalls reaktiviert.“ Kai Reuter möchte nach dem Studium im Rückbau-, im Bau oder in der Entwicklung von Reaktoren arbeiten.

2019 war er selbst auf einer Fridays-for-Future-Demo in Aachen. Heute würde er nicht mehr mitlaufen. „Ich bin definitiv kein radikaler Klimaschützer“, sagt er. Und auch kein Fan von zivilem Ungehorsam. „Sich auf die Straße kleben oder Kunstwerke mit Lebensmitteln zu bewerfen, halte ich nicht für sinnvoll.“

Die 23-jährige Janina Hohnholz muss sich ebenfalls regelmäßig für ihr Studium verteidigen. Dabei geht es weit über nukleare Anwendungen hinaus, umfasst Biotechnologie, Polymerwissenschaft und Energiesysteme. Die Studierenden können in den Rückbau von Atomkraftwerken und Zwischenlagerung ebenso Schwerpunkte setzen wie in Nuklearchemie oder in die Funktionsweise eines Teilchenbeschleunigers. „Ich lerne jedenfalls nicht, wie man Atombomben baut“, sagt Janina Hohnholz, die später gern in der Medizinphysik arbeiten möchte.

Das größte Problem sei, dass keine Aufklärung stattfindet. „Panik machen funktioniert gut mit Radioaktivität. Ich sage dann gerne: ‚Wie oft warst du beim Zahnarzt, wie oft wurdest du geröntgt?‘ Auch in der Strahlentherapie kommt es zum Einsatz von Radioaktivität.“ Und kein Raucher sollte ihr erklären, wie gefährlich Radioaktivität ist. Beim Rauchen würden auch viele radioaktive Stoffe freigesetzt.

Einmal hatte sie ein Date mit jemandem, der sie nicht wiedertreffen wollte, nachdem sie von ihrem Studium erzählt hatte. Heute lacht sie über das, was er gesagt hat: „Er meinte, dass wir keine gesunden Kinder bekommen könnten.“